
Sozialreform und Sozialforschung

Peter Rosner

»Um die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Arbeiterklasse und diesem Haus zur Diskussion zu bringen, betrachte ich es als meine Pflicht, eine Untersuchungskommission zu beantragen, insbesondere weil viele dieser Handarbeiter keine direkte Vertretung haben und daher ein besonderes Anrecht auf die Aufmerksamkeit jedes Mitglieds dieser Versammlung.«

John Maxwell, Abgeordneter für Lancashire,
über »Manual Labour versus Machinery«,
London 1834

»Die zwei Frauen stehen da und sehen stumpfsinnig um sich, ohne Verwunderung über unser Eindringen, ohne Verständnis für unser Wollen.«

Der engagierte Sozialwissenschaftler
Eugen von Philippovich in
»Wiener Wohnungsverhältnisse«,
Wien 1894

Die empirische Sozialforschung hat in den letzten Jahren in Österreich stark zugenommen und wird immer mehr in den politischen Prozeß einbezogen: Kaum eine Reform, die nicht mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Studien begründet oder zumindest unterstützt wird. Fortschrittliche Sozialwissenschaftler versuchen selbst in diesen Prozeß einzugreifen, indem sie mit Hilfe von Studien für die Notwendigkeit politischer Reformen eintreten.

In diesem Artikel soll versucht werden, den Stellenwert solcher Untersuchungen in den politischen Auseinandersetzungen im Kapitalismus zu bestimmen; es wird dabei nur auf solche Untersuchungen eingegangen, hinter denen ein echt reformatorisches Interesse steht: Rechtfertigung von

Herrschaftsverhältnissen, Techniken zur Aufrechterhaltung von Zuständen, die bereits als ungerecht und reformbedürftig erkannt wurden, werden dabei nicht berücksichtigt;¹ ebenso wenig Untersuchungen, die nur auf Effizienzsteigerung gerichtet sind.

I.

Der Naturwissenschaftler scheint mit seinem Objekt keine besonderen Schwierigkeiten zu haben: Er betrachtet die Natur mit einer seine wissenschaftliche Disziplin kennzeichnenden Methode; er mißt, stellt Theorien auf. Da die Natur nicht antworten kann, kann sie auch nicht befragt werden: über die Natur wird verfügt. Es ist nicht das Verhältnis zwischen Mensch und Natur unmittelbar politisch, sondern die Verfügung über die Natur ist ein politisches Problem innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Verwendung und Anwendung von Wissenschaft ist immer Verfügung über die von den wissenschaftlich-technischen Verhältnissen Betroffenen. Arbeiter einer Fabrik etwa erleben technische Veränderungen immer nur passiv. Wenn Produktionsverfahren geändert werden, müssen sich die Arbeiter darin fügen.

Anders in der Sozialforschung: Das Objekt des wissenschaftlichen Bemühens, der wissenschaftlichen Neugierde, besitzt Bewußtsein: Nicht nur kann es sprechen, schreiben, lesen, *es könnte auch für sich sprechen*. Die dem wissenschaftlichen Prozeß innewohnende Trennung von Forscher und Objekt ist somit Gegenstand politischer Analyse. Es handelt sich um ein Verhältnis politischer und ökonomischer Herrschaft, da der Wissenschaftler seinem Publikum über ein Objekt als etwas Bewußtloses berichtet. Immer wendet sich der Forscher an eine aufgeklärte Öffentlichkeit, fast ausschließlich ist das Objekt seiner Forschung ein Teil der Unterschicht. Die Sozialforschung ist notwendig, weil ein Teil der Gesellschaft auf Grund herrschender Verhältnisse nicht für sich selber sprechen kann. Täte er das, wäre der Sozialwissenschaftler, wenn auch vielleicht nicht überflüssig, so doch in einer ganz anderen Position.

Der engagierte Wissenschaftler muß, da er an einer politischen Umsetzung seiner Ergebnisse interessiert ist, diese einem breiten Publikum darlegen. Während der Naturwissenschaftler sich damit begnügen kann, die Ergebnisse seiner Forschung einem Fachpublikum darzulegen, steht der Sozialwissenschaftler von Anfang an einer breiten Öffentlichkeit gegenüber. Sozialforschung ist somit ein doppeltes Politikum: Das Verhältnis von Wissenschaftler und seinem Gegenstand und das Verhältnis des Wissenschaftlers zu seinem Publikum muß betrachtet werden.

Im folgenden soll das Problem an zwei konkreten Fällen untersucht werden: Den Auseinandersetzungen um die industrielle Armut im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts in Großbritannien und anhand der Stellung sozialwissenschaftlicher Studien in Österreich. Der erste Fall ist vor dem Hintergrund starker Kämpfe einer schlecht organisierten Arbeiterschaft zu sehen, die keine politischen Rechte besitzt; der zweite Fall: eine parlamentarische Demokratie, in der die Organisationen der Arbeiterschaft Einfluß auf das politische Geschehen haben.

II.

Die ersten großen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen im Kampf um Reformen waren die Erhebungen über die Lebensbedingungen und die Armut der britischen Arbeiter während der industriellen Revolution. Die sozialen Kämpfe der Arbeiter: Zerstörung von Maschinen, erste Organisierung von Gewerkschaften, Teilnahme an der Chartistenbewegung, weckten in der herrschenden Schicht aus den verschiedensten Gründen ein Interesse an der Lage der Arbeiter und Pauper.² Aufgeklärte Philanthropen, utilitaristische Radikale, Unternehmer, die die Arbeitsbedingungen geregelt haben wollten, damit die Konkurrenz keinen Vorteil besitzt, Konservative, die um den Bestand der Gesellschaft als Ganzes fürchteten, sie alle sammelten Material über die Lebensbedingungen der Arbeiter, um deren Kampf den eigenen Reforminteressen unterzuordnen.

Die Arbeiter waren von den politischen Gremien, Parlament und Regierung, ausgeschlossen und konnten ihre Kämpfe nicht in diese hineintragen. Das heißt nicht, daß diese Fragen dort nicht diskutiert wurden, aber ausschließlich von Vertretern der politisch herrschenden Klassen, die sich aus verschiedenen Gründen dieser Probleme annahmen. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen hatten dabei eine ganz bestimmte Funktion.

Die wichtigsten Fragen, die den Untersuchungen zugrunde lagen, waren:

Sollen die Armengesetze beibehalten werden oder ein freier Arbeitsmarkt eingeführt werden?

Damit verbunden war die Frage nach der Gültigkeit des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes.³

Ist eine staatliche Einmischung in die Arbeitsverträge in bezug auf Arbeitsdauer und Lohn zulässig?

Bringen Maschinen Arbeitslosigkeit und daher mehr Elend für die Arbeiter?

Die politische Ökonomie als theoretische Wissenschaft — Ricardo und seine Schule — hatte auf all diese Fragen nur eine einzige Antwort, die sie, wie ein automatischer Anrufbeantworter, immer von sich gab: weniger Staat, mehr Markt: kein Armenrecht, keine Eingriffe in die Arbeitsverträge, keine Begrenzung für die Einführung von Maschinen.

Die Gegner des Liberalismus, die sich als Gegner der politischen Ökonomie als Wissenschaft schlechthin verstanden, nahmen je nach Klasseninteresse Stellung: Wiederherstellung der kleinen Bauernwirtschaften (Cottages), Kampf den Einfriedungen des Ackerlandes, Regulierung der Arbeitszeit usw. Allen Reformern erschien das jeweilig partikuläre Interesse als das entscheidende Mittel gegen industrielle Krise und Armut.

Die Kämpfe der Arbeiter waren zwar ein Motor der Reformen, aber die Führung des Kampfes um konkrete Gesetze war fast ausschließlich Politikern aus anderen politischen und wirtschaftlichen Lagern vorbehalten. Diese Politiker waren nicht Vertreter der Arbeiterschaft, wie etwa bürgerliche Intellektuelle in der Arbeiterbewegung. Manche bedienten

sich bestimmter Momente der Arbeiterbewegung, etwa wenn in offenen Arbeiterversammlungen für Reformen geworben wurde. Ein Bindeglied zwischen den Kämpfen der Arbeiter und Pauper und den Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen um Reformgesetze waren empirisch-sozialwissenschaftliche Untersuchungen.

Das Klassensystem erzeugt nicht nur Armut, sondern auch die Form, in der Armut wahrgenommen wird: sie erscheint als Notwendigkeit für den Bestand der Gesellschaft, als Mangel an Bildung und Fleiß, als vorübergehende Schwierigkeit der Marktanpassung. Oft wird Armut überhaupt nicht gesehen oder ihr Umfang weit unterschätzt. Die räumliche Trennung der Herrschenden von den Armen, das Leben in abgeschlossenen Kreisen verstärken die ideologischen Begleiterscheinungen der Klassengesellschaft.

Jede große Stadt hat ein oder mehrere »schlechte Viertel«, in denen sich die arbeitende Klasse sammelt. Oft freilich wohnt die Armut in versteckten Gäßchen dicht neben den Palästen der Reichen; aber im allgemeinen hat man ihr ein apartes Gebiet angewiesen, wo sie, aus den Augen der glücklicheren Klassen verbannt, sich mit sich selber durchschlagen mag, so gut es geht.⁴

Falsch wäre es, das Verstecken der Armut als bösen Willen der Herrschenden zu betrachten. Oft ist es nur das einfache Funktionieren des Marktes, das die gewünschten Effekte produziert. Dazu wieder Engels über Manchester:

Die Stadt selbst ist eigentümlich gebaut, so daß man jahrelang in ihr wohnen und täglich hinein- und herausgehen kann, ohne je in ein Arbeiterviertel oder nur mit Arbeitern in Berührung zu kommen, solange man nur seinen Geschäften nach- oder spaziergeht. Das kommt hauptsächlich daher, daß durch unbewußte, stillschweigende Übereinkunft wie durch bewußte ausgesprochene Absicht die Arbeiterbezirke von den der Mittelklasse überlassenen Stadtteilen aufs schärfste getrennt oder, wo dies nicht geht, mit dem Mantel der Liebe verhüllt werden ...

Nach einer Beschreibung der Innenstadt, des kommerziellen Zentrums von Manchester, und des Gürtels der Arbeiterbezirke rund um dieses Zentrum fährt er fort:

Draußen, jenseits dieses Gürtels, wohnt die höhere und mittlere Bourgeoisie ... in einer freien, gesunden Landluft, in prächtigen, bequemen Wohnungen, an denen halbstündlich oder viertelstündlich die nach der Stadt fahrenden Omnibusse vorbeikommen. Und das Schönste bei der Sache ist, daß diese Geldaristokraten mitten durch die sämtlichen Arbeiterviertel auf dem nächsten Weg nach ihrem Geschäftslokal in der Mitte der Stadt kommen können, ohne auch nur zu merken, daß sie in die Nähe des schmutzigsten Elends geraten, das rechts und links zu finden ist. Die Hauptstraßen nämlich, die von der Börse nach allen Richtungen aus der Stadt hinausführen, sind an beiden Seiten mit einer fast ununterbrochenen Reihe von Läden besetzt und so in den Händen der mittleren und kleineren Bourgeoisie, die schon um ihres Vorteils willen auf anständigeres und

reichlicheres Aussehen hält und halten kann. Auf diese Weise kann man wohl, wenn man Manchester kennt, von den Hauptstraßen aus auf die anschließenden Bezirke schließen, aber man ist selten imstande, von ihnen aus die wirklichen Arbeiterbezirke selbst zu Gesicht zu bekommen. Ich weiß sehr wohl, daß diese heuchlerische Bauart mehr oder weniger allen großen Städten gemein ist; ich weiß ebenfalls, daß die Detailhändler schon wegen der Natur ihres Geschäfts die großen durchführenden Straßen für sich in Beschlag nehmen müssen; ich weiß, daß man überall an solchen Straßen mehr gute als schlechte Häuser hat und daß in ihrer Nähe der Grundwert höher ist als in abgelegenen Gegenden; aber ich habe zugleich eine so systematische Absperrung der Arbeiterklasse von den Hauptstraßen, eine so zartfühlende Verhüllung all dessen, was das Auge und die Nerven der Bourgeoisie beleidigen könnte, nirgends gefunden als in Manchester. Und doch ist gerade Manchester sonst weniger planmäßig oder nach Polizeivorschriften und dagegen mehr durch Zufall gebaut als irgendeine andere Stadt.⁵

Armut wurde nicht versteckt, aber die räumliche und soziale Trennung ließ sie als Randproblem erscheinen; es waren überwiegend die Armen, die es schon immer gegeben hat, die sichtbar zwischen den Häusern der Reichen saßen: Bettler, Krüppel. Nicht aber die armen Arbeiter, die Armen der Industrie.⁶ Um so leichter muß es gewesen sein, die Armut als soziales Problem zu verdrängen und nicht zu wissen, wie die Leute leben, wie arm sie sind.⁷

Die konkreten Fragen, die untersucht wurden, weil die Herrschenden zu wenig darüber wußten, waren:

Wie lange wird täglich in den Fabriken gearbeitet?

Wie viele Kinder arbeiten in den Fabriken, und in welchem Alter?

Wie ist der Gesundheitszustand der Arbeiter, insbesondere der der Kinder?

Umfangreiche Erhebungen wurden gemacht. Zunächst von Privatpersonen: Philanthropen, Ärzte — Mitglieder der herrschenden Schicht, die sich über die sozialen Zustände empörten. Die Ergebnisse dieser Erhebungen wurden von den Verteidigern der Industrie angezweifelt. Da sie als Beweismittel in den parlamentarischen Auseinandersetzungen verwendet wurden, war das Parlament gezwungen, von sich aus Untersuchungen durchzuführen. Das Ergebnis war immer dasselbe: Das Elend ist groß, und es gibt keine Möglichkeit, durch Arbeit der Not zu entrinnen.

Diese Fragen wurden für eine bürgerliche und aristokratische Öffentlichkeit behandelt und ihr gewissermaßen zur Abstimmung vorgelegt. Die Form der Untersuchungen: Befragungen der Arbeiter über deren Lebensbedingungen, legte die Mitwirkung der Arbeiter an den parlamentarischen Reformen fest. Von Bürgern und Aristokraten befragt, konnten die Arbeiter ihre Lebensbedingungen einer breiten Öffentlichkeit darlegen. *Als Gruppe mit politischem Anspruch konnten sie dabei nicht auftreten.* Sie traten als einzelne auf — als dieses oder jenes Schicksal; sie konnten Zeugnis ablegen, aber nicht selbst aktiv eingreifen. Sie hatten kein Recht durchzusetzen, sondern hatten nur Anrecht auf das Mitleid der Herrschenden.

Nicht daß die Organisierung der Gesellschaft nicht auch in der Arbeiterbewegung diskutiert wurde. Kooperative Wirtschaftsorganisation wurde als Allheilmittel gegen alle Übel der kapitalistischen Wirtschaft gesehen. Eine große Zahl kleiner Arbeiterorganisationen und damit verbunden eine Pamphletliteratur, die vor allem an Robert Owen und seinen Vorstellungen orientiert war, versuchten diese Ideen zu verbreiten. Die Bewegung war aber noch so schwach, daß die Reformer aus der Oberschicht auf diese Ideen nicht einzugehen brauchten oder sie mit wenigen Bemerkungen abtun konnten. In den führenden politischen Journalen der damaligen Zeit, der radikal-liberalen »Westminster Review«, der liberalen »Edinburgh Review« und der konservativen »Quarterly Review« finden sich bis in die späten vierziger Jahre hinein nur ganz wenige Artikel, die sich mit Owen und seinen Ideen beschäftigen. Die politische Bewegung der Arbeiterklasse war noch so schwach, daß die herrschenden Klassen sich damit begnügen konnten, ihre eigenen Ideen zu diskutieren; sie war aber stark genug, die Oberschicht zu zwingen, sich mit den Lebensbedingungen der Arbeiter auseinanderzusetzen.

Der Inhalt dieser Untersuchungen, die Fragen und die Ergebnisse waren daher getragen von den Vorstellungen und den Interessen dieser herrschenden Klassen: Berichtet werden durfte von zu langen Arbeitszeiten, von zu geringen Löhnen, von der sinkenden Moral der Arbeiter. Nicht nur wurde alles diskutiert unter der Annahme: der Kapitalismus muß bestehen bleiben, sondern keine Reform durfte die Produktivität der Arbeit gefährden. Keine der Maßnahmen durfte weitergehen als: Herabsetzung der Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit, ideologische Betreuung der Arbeiter. Die nichtkapitalistischen Teile der herrschenden Schicht waren in ihrer ökonomischen Existenz derart an die Industrialisierung gebunden, daß sie trotz aller Klagen über deren Folge sich letztlich mit der Grundannahme des Kapitalismus abfanden: Wird die Akkumulation bedroht, steigt nur das Elend.

Die Frage des Armenrechtes etwa wurde von der herrschenden Schicht unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob denn die Fürsorge für die Armen nicht die Faulheit fördere und nur unnötige Kinder aufwachsen lasse — das sind Kinder, die sicher keine Arbeit finden werden. Gleichzeitig hatte man Angst vor der Gewalt der Armen.

Zwei Zitate des Ökonomen McCulloch sollen das illustrieren:

Es ist dumm sich vorzustellen, daß diejenigen, die nichts haben, sich ruhig der extremsten Armut unterwerfen, ohne das Eigentum anderer zu attackieren. Und wenn wir daher den Frieden des Landes und damit den Wohlstand erhalten wollen, müssen wir uns hüten, zuzulassen, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in einen Zustand der Verzweiflung fällt. Aber ohne die Einrichtung einer zwangsweisen Vorsorge zur Unterstützung der arbeitslosen Armen ist es schwer zu sehen, wie sie es vermeiden können, von Zeit zu Zeit in so einen Zustand zu fallen. Durch die Wirkung dieser Unterstützung werden sie in Zeiten der Not erhalten, ohne durch das Elend gezwungen zu sein, das Eigentum anderer anzugreifen und Gewalttätigkeiten zu begehen.

Er schrieb auch, wie diese Vorsorge aussehen soll:

Der nicht körperbehinderte Bewohner eines Arbeitshauses muß fühlen, daß seine Situation entschieden weniger angenehm ist als die des fleißigen Arbeiters, der sich selbst erhält.⁸

Es ist die typische Betrachtungsweise eines Vertreters der Oberschicht, der zwar alle in die Gesellschaft einbezieht, sofern er von den Gesetzen des Marktes spricht, aber doch nur die Oberschicht als Subjekt in dieser Gesellschaft begreift. Er spricht von der Erhaltung des Reichtums der Gesellschaft, auch wenn weite Teile der Bevölkerung arm sind; er setzt voraus, daß der Fleißige auch gut leben kann.

Die Oberschicht hat ein Recht zu bestimmen, wie die Unterschicht leben soll, aber sie hat auch die Pflicht, für diese Unterschicht zu sorgen, damit die Gesellschaft nicht zusammenbricht.

III.

Dieses »Sorgen« ist niemals bewußter Akt einer herrschenden Schicht, sondern Ergebnis von Kämpfen zwischen den herrschenden Klassen, die auf Kämpfe der Unterschicht und sonstige Gefährdungen der Gesellschaft reagieren. Denn könnte die Oberschicht mit einem einheitlichen Willen den Unterdrückten gegenüberreten, könnte sie durch technische Reformen genauso viel verändern, daß die Gefährdung der Gesellschaft verschwände, ohne daß es zu politischen Veränderungen käme. Sie würde dazu nur verwaltungstechnische Erhebungen benötigen und nicht eine scheinbar unabhängige Wissenschaft.

Weil aber die Oberschicht in mehrere Klassen zerfällt, die unterschiedliche, manchmal auch entgegengesetzte ökonomische Interessen haben, sind Reformen oft nur über politische Veränderungen möglich. Die Sozialforschung kann daher nicht nur technischer Bericht sein, sondern sie ist ein Mittel im Kampf um Reformen. Der Wissenschaftler bekommt hier die Aufgabe, einer klassenmäßig geschichteten und klassenmäßig interessierten Öffentlichkeit zu berichten, wie die Unterschicht lebt, da die Oberschicht zuwenig darüber weiß. Es ist dies nicht einfach ein Nichtwissen wie: im Jahre 1750 hat man noch nicht gewußt, daß zur Verbrennung Sauerstoff notwendig ist, oder man kennt heute noch keine Systematik der Elementarteilchen. Es handelt sich vielmehr um das Nichtwissen einer Klassengesellschaft, wo eine Schicht erforschen muß, wie die anderen Klassen leben, damit sie deren Lebensbedingungen den eigenen Interessen entsprechend verändern kann.

Würde sie es nicht tun, bestünde die Gefahr, daß die Unterschicht selbst ihre Lebensbedingungen ändert. Sie würde dazu keine Erhebungen dieses Typs über ihre Lebensbedingungen brauchen: *sie lebt sie ja selbst*. Die Erfassung von Lebensumständen von Arbeitern für Arbeiter bekommt von Anfang an eine ganz andere Dimension: Die Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Lebensbedingungen als Voraussetzung für Solidarität. (Sicher haben darin Intellektuelle aus den herrschenden Klassen eine wichtige Funktion, aber als Intellektuelle der Arbeiterbewegung.)

Den Sozialberichten über die englische Armut kam diese Funktion nicht zu: Sie erfüllten ihre Aufgabe vor allem in den Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Klassen: sie sollten objektive Berichte an Dritte sein.

Um diese Funktion erfüllen zu können, mußten die Sozialberichte zu einer »Wissenschaft« nach formalen Kriterien ausgebaut werden. Die damaligen Untersuchungen waren kaum mehr als sehr umfangreiche und sehr gründliche journalistische Erhebungen: sie berichteten über Einzelfälle und konnten mit Einzelfällen widerlegt werden. Nur über den Gesundheitszustand der Armen wurden Reihenerhebungen gemacht.

Um eine verbindliche Diskussion zu ermöglichen — wobei die Verbindlichkeit die im politischen Kontext möglichen Reformen sind —, mußten sozialstatistische Methoden entwickelt werden, nach denen Armut objektiv erfaßt werden kann. Die Betroffenen werden so zu statistischen Merkmalsträgern gemacht, das Unglück des einzelnen unbedeutend, das Elend objektiviert. Das Ereignis der Armut wird dazu aus dem Lebenszusammenhang des Armen herausgerissen und zu: Mangel an Nahrung, zu lange Arbeitszeiten, zu geringe Bildung usw. Die Zerlegung des konkret Erlebten in ein mehrdimensional soziologisch-statistisches Konzept ist Voraussetzung für das Verstehen und Verwalten von Armut durch die Oberschicht. Um bestimmte Reformen durchzusetzen — Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit — benötigt sie ja nur Angaben über den betreffenden, statistisch erfaßbaren Punkt. Die Sozialberichte werden so zu einer unabhängigen Wissenschaft, der Forscher — auch wenn er Vertreter einer der herrschenden Klassen ist — in der wissenschaftlichen Diskussion ein über den Klassen stehender Wissenschaftler. Nur so kann er objektiv auf die Armut hinweisen, nur so kann er über die Notwendigkeit der Reformen sprechen.

Es genügt aber nicht, empirisches Material zu liefern, Fakten aufzuzählen und zu berichten. Die Öffentlichkeit muß bereit sein, diese Fakten aufzunehmen und sie nicht mit einem reaktionär-aristokratischen Bewußtsein: Armut ist notwendig, abzutun. Dies war in Großbritannien damals aus zwei Gründen der Fall: Die Aristokratie, sofern sie sich durch die Industrie gefährdet sah, erblickte in der industriellen Armut eine Gefährdung der Gesellschaft, an deren Spitze sie sich sah. Sie beklagte das Elend der Industriearbeiter und forderte in der einen oder in der anderen Form eine Rückkehr zu früheren vorindustriellen Zuständen. Für die Vertreter des Freihandels war Armut keine Notwendigkeit für den Bestand der Gesellschaft. Zu den Grundelementen der liberalen Ideologie — und damit unterschied sie sich grundlegend von den spätmerkantilistischen Vorläufern des 18. Jahrhunderts — gehörte es, daß durch fleißiges Arbeiten jeder der Armut entkommen kann. Dieses Kampfangument des industriellen Liberalismus wandte sich gegen die Vertreter der Industrie: das existierende Elend überführte die Ideologie der industriellen Revolution der eigenen Lüge.

Die Ideologie des Kapitalismus trug so selbst dazu bei, daß für die Untersuchungen über Armut ein Publikum vorhanden war. Diejenigen, die an den Kapitalismus glaubten, sahen sich mit seinen Konsequenzen

konfrontiert. Es ist dabei nicht anzunehmen, daß diese bürgerliche und aristokratische Öffentlichkeit im strengen Sinn des Wortes nicht gewußt hat, daß es Armut gibt. Man sah sie, aber konnte verdrängen. Durch die von den Sozialberichten berührte Öffentlichkeit wurde das private Wissen durch ein öffentliches ersetzt: Es wurde in den Zeitungen berichtet, es wurde im Parlament darüber gesprochen, es gehört zum Gespräch der Salons. Das Wissen war ein politisches Faktum geworden.

IV.

Das alles sind keine Probleme im heutigen Österreich. Die Arbeiter haben durch ihre Kämpfe für sich und andere Teile der Unterschicht politische Rechte und Freiheiten erkämpft; die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Organisationen sind selbst Teil des Staatsapparates geworden. Zwar erscheinen weder die SPÖ noch die Gewerkschaft als »kämpfende Arbeiterbewegung«, doch können diese Organisationen nicht ohne die Arbeiter gedacht werden. Die Politik der Gewerkschaften und der SPÖ beruht auf der passiven Unterstützung der Arbeitenden. Diese passive Teilnahme am politischen Leben durch Teilnahme an den Wahlen und Mitgliedschaft in den Parteien und Verbänden verhindert, daß gegen den aktiven Willen der Lohnabhängigen in Österreich Politik gemacht wird.

Die für uns relevante Frage: wie lebt die Unterschicht, welche soziale Probleme gibt es?, wird in weiten Bereichen von der staatlichen Bürokratie oder, stellvertretend für diese, von der Bürokratie der Parteien und Verbände erhoben: Lohnstatistiken, Arbeitszeitstatistiken, Erhebungen über Konsum, Gesundheit, Arbeitslosigkeit sind zu Routineaufgaben der Verwaltung geworden und werden periodisch für jeden daran Interessierten ausgewiesen. Dies bedeutet nicht, wie das so manchmal betont wird, daß diese Erhebungen Ausdruck der Neutralität des Staates in politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen sind. Diese Erhebungen sind Ergebnis eines Kampfes: Die Arbeiter haben es sich erkämpft, von der staatlichen Bürokratie erfaßt zu werden. Die meisten Erhebungen sind an bestimmte Reformgesetze gebunden und somit Ausdruck eines Kampfes um eine bestimmte Veränderung. Viele Erhebungen wurden ursprünglich von der Arbeiterbewegung selbst durchgeführt, weil es in ihrem Interesse war, soziale Zustände zu erheben und darzustellen.⁹

Neben diesen verwaltungsmäßig durchgeführten Erhebungen verfügen die Spitzen der politischen Verwaltung über ein privat angereichertes Wissen, das ihnen durch die formal-demokratischen Strukturen der Organisationen, an deren Spitze sie stehen, zugetragen wird. Es ist unter anderem auch deshalb bisher in Österreich möglich gewesen, auftretenden Problemen, noch bevor sie zu Problemen politischer Stabilität wurden, zu begegnen. So benötigt etwa ein Gewerkschaftsvertreter in Lohnverhandlungen keine unabhängigen Sozialwissenschaftler. Auch wenn er anders lebt als diejenigen, die er vertritt, so hat er doch aus dem Material, das ihm die Verwaltung zur Verfügung stellt, und aus den Kontakten in der Organisation genug Informationen für solche Verhandlungen. Die Sozialwissenschaftler innerhalb der Organisationen sind selbst nur ein

Teil der Verwaltungsstruktur: Sie versorgen die Politiker nicht mit Informationen als unabhängige Wissenschaftler, sondern als ein Teil des Verwaltungsvollzuges. Nicht Öffentlichkeit ist im allgemeinen das Ziel, sondern der Informationsvorsprung über den politischen Gegner, um ihn »wissenschaftlich« von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen.¹⁰

In diesem System politischer Vertretung können nur jene Gruppen am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt werden, denen eine selbstständige produktive Funktion zukommt. Soziale Probleme, die nicht für den Produktionsprozeß kurzfristig von Bedeutung sind — der Alten, der Kinder, der Kranken, der Kriminellen usw. —, oder auch die Probleme jener Gruppen, die nur subsidiär in den Produktionsprozeß einbezogen werden: Frauen, Wanderarbeiter, werden in diesem System nicht durch direkte Vertretung behandelt.¹¹ Auf Grund früherer Kämpfe oder gnadenhalber stehen einigen Vertretern dieser Gruppen Positionen in den Führungsgremien der politischen Organisationen zu.

Das heißt nicht nur, daß bestimmte Gruppen der Unterschicht nicht autonom organisiert sind, sondern daß auch die produktiven Teile der Arbeiter- und Angestelltenschicht nur in bestimmten Fragen vertreten werden: in jenen, die kurzfristig im Produktions- und Reproduktionsbereich von Bedeutung sind. So stiegen die Löhne und Gehälter durch die Vertretungsmaschinerie der Gewerkschaft fast planmäßig. Ebenso wurden die Pensionsrechte und die Sicherheit im Krankheitsfall ausgebaut. Hingegen werden etwa die Probleme der Schulpolitik, der Gesundheit, sofern sie über die finanzielle Sicherstellung im Krankheitsfall hinausgehen, in diesem Verwaltungsvollzug kaum behandelt. Die Arbeiter und Angestellten sind als Lohnempfänger, als gelegentlich Kranke, organisiert und finden in diesen Fragen Vertretung. Daher ist hier die Verwaltungsstatistik recht gut ausgebaut. Es waren das die zentralen Probleme vergangener Klassenkämpfe. Für andere Fragen, die in vergangenen Auseinandersetzungen nicht eine zentrale Rolle spielten, teils weil sie erst dann akut wurden, nachdem bestimmte materielle Bedürfnisse befriedigt wurden, teils weil früher die Probleme überhaupt nicht existierten, gibt es kaum eine verwaltungsmäßige Statistik.

Es sind genau jene Bereiche, die traditionell durch die Institutionen der Sozialpartnerschaft abgedeckt werden, in denen Veränderungen verwaltungsmäßig vollzogen werden. Die Erfolge geregelter Konfliktaustragung haben bisher verhindert, daß Widersprüche und soziale Konflikte zu Problemen politischer Stabilität wurden. Diese verwaltungsmäßige Behandlung sozialer Widersprüche hat eine politische Ruhe mit sich gebracht, die mit dazu beigetragen hat, daß soziale Probleme, die so nicht behandelt werden konnten, kaum zum Anlaß politischer Auseinandersetzungen wurden.

Da Gruppen, deren Probleme in diesem System der Verwaltungs- und Vertretungsdemokratie nicht durch autonome Organisation lösbar waren, das heißt da diese Gruppen nicht in der Lage waren, ihre politischen Bedürfnisse auszudrücken, benötigt eine aufgeklärte politische Verwaltung die Sozialwissenschaft. Die Praxis der vergangenen Jahre beweist

das. Kaum eine Reform, auf deren Notwendigkeit nicht mit sozialwissenschaftlichen Studien hingewiesen wurde: Armutsstudie, Untersuchungen zum Gesundheitswesen, über die Situation psychisch Kranker, über geschlagene Frauen, Fürsorgefälle usw. In all diesen Fällen muß der Sozialwissenschaftler einer Öffentlichkeit berichten, daß es Not und Elend gibt; er muß den Politiker beraten über das Ausmaß dieser Not und wie es beseitigt oder gemildert werden kann.

Der Sozialwissenschaftler erscheint als Vertreter dieser Gruppen; er setzt sich für sie ein, weil er — wie jeder Wissenschaftler — das Objekt seiner Studien liebt. Die sozialwissenschaftliche Studie tritt an die Stelle des Kampfes der Betroffenen. Vielmehr kämpft der Sozialwissenschaftler in den entsprechenden Institutionen um die betreffenden Studien und hofft auf die Umsetzung der Ergebnisse. Die Legitimation für dieses Eintreten, für diese politische Funktion, ist nicht eine formal-demokratische wie die des Gewerkschaftsfunktionärs in Lohnverhandlungen; sie besteht in der wissenschaftlichen Ausbildung und in der amtswegig getätigten Wissenschaft.

V.

Die Beziehung des Wissenschaftlers zu seinem Objekt einerseits, zum Publikum seiner Arbeiten andererseits, ist, bedingt durch die politisch-gesellschaftliche Situation der siebziger Jahre, eine andere als bei den britischen Armutsstudien. Mußte der Forscher damals die in der herrschenden Ideologie und in den formal-demokratischen Strukturen zur Herrschaft legitimierten Klassen darüber informieren, daß es Armut gibt, nachdem diese herrschende Schicht gewaltsam damit konfrontiert wurde, so soll der Sozialwissenschaftler heute existierende Probleme untersuchen, noch bevor sie zu Problemen politischer Stabilität werden. Nicht weil Gruppen gekämpft haben und so auf Probleme aufmerksam machten, sondern die wissenschaftliche Kenntnis und politische Position des Sozialwissenschaftlers legen es ihm nahe, sich um jene Bereiche zu kümmern, die üblicherweise in der Verwaltungsdemokratie nicht behandelt werden. Das Wissen über die Probleme hat er zunächst aus der Literatur und ausländischen Berichten, selten aus der eigenen Erfahrung. Das ideologisch bedingte Bemühen um Reformen der jetzigen Regierung erleichtert dem Sozialwissenschaftler den Kampf um seine Studien.

Grundlegend bestimmt wird das Verhältnis zwischen dem Wissenschaftler, seinem Objekt und dem Publikum durch die Errungenschaften parlamentarischer Demokratie. Durch die Verallgemeinerung des Wahlrechtes, der Schulbildung, der Presse- und Versammlungsfreiheit, ist keine Klasse zur politischen Herrschaft legitimiert. Alle Gruppen sind berechtigt, für ihre Probleme einzutreten, sich am politischen Kampf zu beteiligen. Daß bestimmte Gruppen dies nicht können, daß sie von ihren Rechten keinen Gebrauch machen, und wenn sie es tun — so etwa bei Wahlen —, so nur in den von anderen vorgegebenen Mustern, definiert sie ja als das, was die Sozialwissenschaft mit dem eigenartigen Jargon-ausdruck »unterprivilegierte Schicht« bezeichnet hat.

Weil diese Gruppen sich nicht *darstellen* können, müssen Sozialwissen-

schaftler deren Probleme *untersuchen*. Während in England die Kämpfe der Unterschicht Voraussetzung waren für die erwähnten Untersuchungen, ist in Österreich das Nicht-Kämpfen Voraussetzung: Würden die Gruppen kämpfen, so könnten sie ihre Vertreter in die Gremien politischer Administration schicken. Auch wenn der Sozialwissenschaftler Vertreter der von ihm untersuchten Gruppen zu sein scheint — er setzt sich ja für sie ein —, ist er dennoch Beauftragter der Bürokratie: Fast alle sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sind Auftragsarbeiten der Verwaltung.¹²

Sozialwissenschaft tritt jetzt nicht anstelle der Betroffenen, weil politische Herrschaft die Unterschicht vom sozialen und politischen Kampf ausschließt, sondern weil soziale Probleme von der Formaldemokratie wegdefiniert werden. Die Beziehungen des Wissenschaftlers zu einer Öffentlichkeit für seine Untersuchungen werden ebenso durch die formalen und ideologischen Strukturen unserer Gesellschaft geprägt: da keine Klasse zur Herrschaft legitimiert ist, kann der Wissenschaftler nicht einer herrschenden Klasse über die Lebensbedingungen einer Unterschicht berichten, wie das bei den englischen Armutsstudien der Fall war. Der Wissenschaftler muß vielmehr so tun, als gäbe es keine Klassendifferenzierung. Er muß sich an eine umfassende Öffentlichkeit wenden, und selbst wenn er über Klassenstrukturen berichtet, negiert er diese. Die formal bestimmte Öffentlichkeit, wie sie über Fernsehen, Tageszeitungen, Ansprachen von Politikern hergestellt wird, negiert die Existenz von Klassen. Denn vorausgesetzt wird darin, jeder könne sich auf gleiche Art seine Meinung über das Gesehene, Gelesene, Gehörte machen und sein Handeln daran orientieren.

Für viele Studien gibt es überhaupt keine Öffentlichkeit. Als Auftragsarbeiten der Verwaltung sind sie meist nur an diese gerichtet, oft mit Geheimhaltungspflichten belegt. Sie dienen teils der Vorbereitung von Reformen, teils der Legitimation gegenüber Feinden der Reform beim politischen Gegner, aber auch in den eigenen Reihen.

Die Sozialwissenschaft ist so das verschämte Eingeständnis der politischen Herrschaft, nicht alle am formal-demokratischen Prozeß beteiligen zu können. Verschämt aus zwei Gründen: Beide politischen Parteien sind dermaßen an der Verwaltung beteiligt, daß sie beide für soziale Mißstände verantwortlich zeichnen. Auch die SPÖ kann nicht für sich in Anspruch nehmen, irgendwann nach 1945 nicht mitregiert zu haben. Jedes allzu offene Eingeständnis sozialer Probleme würde sofort die Parteien und die Interessenverbände in Frage stellen. Jeder Politiker, der für Reformen eintritt, ist zwar gezwungen, eine Öffentlichkeit für die entsprechenden Probleme herzustellen; das darf aber nicht so weit gehen, daß gefragt werden könnte, wieso bisher nichts geschah. Dazu kommt die Verdrängung sozialer Probleme durch die Identifikation am Wirtschaftswachstum und sozialen Aufstieg: Armut in Österreich ist sauber oder sie wird eingesperrt. Auch in den Häusern, in denen vorwiegend Pensionisten vom Richtsatz leben, sind die Fenster geputzt. Körperlich und geistig Behinderte werden versteckt. Ihr Anblick wäre der Erfolgsgeneration unangenehm.

Zum anderen bedeuten die Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie, daß die von den Problemen Betroffenen selbst für sich sprechen könnten. Sie sind daher nicht nur Objekt der Forschung, sondern bieten sich als die gegebene Öffentlichkeit für die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Studien an. Der Wissenschaftler würde sich dabei nicht an wohlmeinende Dritte wenden, sondern an die Betroffenen selbst. Es würde genau das eintreten, was durch die Sozialwissenschaft verhindert werden soll: Soziale Probleme würden sofort zu Problemen politischer Stabilität. Würden die Betroffenen um ihre Probleme wissen, nicht nur als private Individuen, nicht nur als Staatsbürger, als die sie dauernd angesprochen werden, sondern in einer Form, die politisches Bewußtsein erzeugen würde, wäre politisches Handeln die Konsequenz.

Die Sozialwissenschaft selbst, das Darstellen sozialer Probleme in wissenschaftlicher Form, steht dem entgegen. Es ist nicht dieses oder jenes Fremdwort, es ist nicht die komplizierte Methode, die das verhindert, sondern die abstrakte Darstellung des erlebten sozialen Prozesses. Der Wissenschaftler, will er dritte von dem spezifischen Problem überzeugen, will er der Verwaltung bei den Reformen helfen, muß das Problem in einer einsehbar-rationalen Form darstellen. Politiker und Beamte müssen auf Grund von Untersuchungen, ohne die betreffende Situation selbst erlebt zu haben, entscheiden können. Erst die Objektivierung des Elends durch die Sozialwissenschaft und Sozialstatistik — aus erlebter Armut wird eine Tabelle über Einkommensverteilung — macht es zu etwas Verwaltbarem, durch eine Behörde Reformierbarem. Sozialwissenschaftliche Darstellung und verwaltungsmäßige Reform entsprechen so einander. Über die Durchführbarkeit von sozialen Reformen wird in einem politischen Zusammenhang entschieden, der mit dem Problem oft wenig zu tun hat. So ist die Möglichkeit einer Gefängnisreform mehr von der Angst bestimmter Teile der Bevölkerung abhängig als von den Zuständen in den Gefängnissen. Die Betroffenen erfahren so die Reform nicht als durchgesetztes Recht, sondern als Gnadenakt der Herrschenden. Dem entspricht die Anteilnahme des Sozialwissenschaftlers für sein Klientel.¹³

ANMERKUNGEN

- 1 Ebensovwenig soll die reaktionäre Ausnützung von Sozialwissenschaften — etwa die Ausnützung von Studien über Lateinamerika durch den CIA — berücksichtigt werden.
- 2 In den letzten Jahren wurden Arbeiten über die frühe, nur wenig organisierte Arbeiterbewegung veröffentlicht. Darunter: E. P. Thompson, *The Making of the English working Class*, Harmondsworth 1968; E. J. Hobsbawn/George Rudé, *Captain Swing*, Harmondsworth 1973; J. Foster, *Class Struggle and the Industrial Revolution*, London 1974.
- 3 Die Armen Englands bekamen, wenn sie keine Arbeit hatten, oder der Lohn nicht hoch genug war, eine Unterstützung in ihrer Pfarrgemeinde. Bezahlt wurde diese Steuer aus den »poor rates«, einer lokalen Steuer. Durch diese Unterstützung mußten die Unternehmer nicht einmal Subsistenzlöhne zahlen. Die Auszahlung dieser Unterstützung war an die Anwesenheit des Paupers in seiner Geburts-gemeinde gebunden und erschwerte daher die Mobilität der Arbeiter. Diese Bestim-mungen, die auf ein Gesetz aus dem Jahre 1601 zurückgingen, verhinderten einen freien Arbeitsmarkt und wurden von den Vertretern des Freihandels abgelehnt. 1834 wurden sie abgeschafft und durch ein nationales System der Verwaltung der Armut ersetzt. Während im alten System die Unterstützung an den frei Wohnenden ausgezahlt wurde, sollte im neuen System nur der in einem Arbeitshaus Woh-nende etwas erhalten. Armut wurde so zu einem Verbrechen, das mit Gefängnis bestraft wurde.
- 4 Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, in: »MEW«, Band 2, S. 259.
- 5 Ebenda S. 276 ff.
- 6 Charles Dickens etwa, der seinem Publikum viel über Armut erzählt, behandelt die Industrie fast nicht.
- 7 Im Dreigroschenroman droht Peachum dem Polizeipräsidenten, die Armen und Krüppel bei einem Umzug des Königs aufmarschieren zu lassen. Das Bild dieser Armut würde die Feierlichkeit zerstören. Vorausgesetzt wird in dieser Konstruktion, daß es Leute gibt, die über die Armut Bescheid wissen, daß aber die Armut ver-steckt werden muß, damit der König als Symbol der Gesellschaft von der Armut nicht öffentlich Kenntnis nehmen muß. Nicht die Armut gefährdet das politische Gefüge, wohl aber die öffentliche Kenntnisnahme.
- 8 Beide Zitate nach Brian Ingles *Poverty and the Industrial Revolution*, London 1972, S. 266 und 399, eigene Übersetzung.
- 9 Beispielsweise seien folgende Erhebungen angeführt: *Statistik über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Bäckereiarbeiter Österreichs*, zusammengestellt und her-ausgegeben von der Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter Niederösterreichs, Wien 1898. *Statistik über die Betriebsverhältnisse, Lebensmittelpreise und Arbeitslöhne in den österreichischen Druckorten*, herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Ver-eine der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs, Wien 1897.
- 10 Die Bedeutung dieser Sammlung und Filterung der Informationen in den politi-schen Organisationen und Verbänden kann für die politische Stabilität Österreichs nicht überschätzt werden. Diese Informationen sind das notwendige Korrelat zu den groben Kenntnissen, die die Statistiken liefern.
- 11 Auch wenn soziale Gruppen dieser Art nicht Klassen sind, kann nur ein orthodoxer Marxist darüber hinwegsehen, daß die soziale Situation eines Menschen nicht nur durch die Stellung im Produktionsprozeß bestimmt ist. Aber sicherlich sind mit den sozialen Problemen dieser Gruppen, der Alten, der Kinder usw., vor allem die betreffenden Gruppen der Unterschicht gemeint, auch wenn es nicht nur um finan-zielle Probleme geht.
- 12 Die bloße Existenz der Einrichtungen parlamentarischer Demokratie genügt nicht, um zur beschriebenen Situation zu führen. Wenn etwa soziale Gruppen trotz for-maler Rechte vollkommen vom politischen Geschehen ausgeschlossen sind, so haben wir eine Situation ähnlich der Englands im vorigen Jahrhundert. So brachten etwa

die Unruhen der Schwarzen in den amerikanischen Gettos 1965—1967 eine Menge sozialwissenschaftliche Studien hervor, aus denen die liberalen Weißen erfuhren, wie die Schwarzen wirklich leben.

- 13 Das Verhältnis zwischen Sozialwissenschaft und politischer Praxis wird von der sich als »Aktionsforschung« bezeichnenden Richtung der empirischen Sozialwissenschaft aufgegriffen. (Kramer/Kramer/Lehmann: *Aktionsforschung: Sozialforschung und gesellschaftliche Wirklichkeit*, in: »Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft«, 77/1.) Sie will das Herrschaftsverhältnis zwischen dem Wissenschaftler und seinem Objekt durch eine möglichst herrschaftsfreie Kommunikation Gleichberechtigter ersetzen, und so dem Objekt der Forschung — meist einer gesellschaftlichen Randgruppe — die Würde des Subjektes wiedergeben. Sozialwissenschaft soll nicht länger Teil der Verwaltung sein, sondern man hofft, die Randgruppen zum politischen Kampf aktivieren zu können. Klar ist, daß die Normen und Methoden traditioneller Wissenschaft weitgehend aufgegeben werden müssen.

Die gewünschte Reform der Sozialwissenschaft erscheint aber als voluntaristischer Akt unzufriedener Wissenschaftler. Nicht Randgruppen haben sich gegen die Verwaltung durch Reform und Wissenschaft zur Wehr gesetzt, sondern der Wissenschaftler sieht seine politische Intention: die Lebensverhältnisse der Randgruppen zu ändern, durch die verwaltende Reform pervertiert. Das Verhältnis des Wissenschaftlers zu seinem Objekt wird zwar kritisch betrachtet und daraus Konsequenzen gezogen, nicht behandelt wird aber die Stellung des Wissenschaftlers zu seiner Öffentlichkeit. Die Autoren begnügen sich mit der moralischen Forderung, daß Wissenschaft nicht im Interesse herrschender Gruppen stehen darf.

Ich hoffe gezeigt zu haben, daß der durch Institutionen gebundene Wissenschaftler auch an Methoden gebunden ist: Wenn man die Methoden der Sozialwissenschaft nicht einfach als Schwindel betrachtet, muß man sie anwenden, will man Dritten berichten. Die Autoren tragen dem insofern Rechnung, als sie erklären, die Aktionsforschung sei nicht politische Aktion. Sie unterscheiden zwischen einem Forschungsinteresse und dem Interesse der Betroffenen und erkennen damit an, daß auch der radikalste Wissenschaftler, solange er Wissenschaftler bleibt, nicht nur seinem Objekt, sondern auch einem Publikum gegenübersteht.